Harald Leibrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages
- FDP Fraktion -

Harald Leibrecht MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

D-11011 Berlin
Platz der Republik 1

Dienstgebäude:
D-10117 Berlin
Dorotheenstr. 101, JKH, , Zi. 6.703
Telefon: (030) 2 27-7 51 33
Telefax: (030) 2 27-7 63 82
e-mail: harald.leibrecht@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
D-74379 Ingersheim
Schlossstraße 32
Telefon: (07142) 91 91 92
Telefax: (07142) 91 91 84
e-mail: harald.leibrecht@wk.bundestag.de
Homepage: http://www.leibrecht.de

Berlin, 13.10.2008

Bundeswehreinsatz in Afghanistan

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Oktober 2008, das ich mit Interesse gelesen habe. Ich möchte Ihnen gerne das Vorgehen der FDP-Bundestagsfraktion zu diesem Thema darlegen.

Militäreinsätze sind für die FDP-Bundestagsfraktion immer nur die „ultima ratio", und es gibt für uns deshalb auch keinen Automatismus für deren Fortsetzung. Wir stellen jedes Mandat, das die Bundesregierung beantragt, auf den Prüfstand. Nur dort, wo ein militärisches Engagement die letzte Möglichkeit ist, wo also alle anderen denkbaren Maßnahmen versagen, kommt für uns eine Zustimmung in Betracht.

Diese Prüfung hat in der Vergangenheit, sowohl mit Blick auf Afghanistan als auch hinsichtlich anderer Anträge der Bundesregierung, wie etwa für den Einsatz der Bundeswehr im Kongo oder vor der Küste des Libanon, zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen und in den letztgenannten Fällen auch zu einer ablehnenden Haltung der FDP-Fraktion geführt.

Bei den anstehenden Überlegungen darf man nicht übersehen, dass wir mit unseren Bemühungen in Afghanistan zum einen eigene Sicherheitsinteressen verfolgen, uns zum anderen aber auch auf den ausdrücklichen Wunsch der afghanischen Regierung in ihrem Land engagieren. Ziel der Bemühungen im militärischen und

polizeilichen Bereich ist es, Sicherheit zu gewährleisten, damit der Aufbau vorankommt und das Land und seine Menschen wieder eine Zukunftsperspektive haben. Denn würde man heute Afghanistan wieder sich selbst überlassen, so würden innerhalb kürzester Zeit wieder jene Kräfte in Afghanistan die Macht an sich reißen, die schon in der Vergangenheit das Land terrorisiert haben und jenen Kräften eine Heimstatt boten, die den Terror auch in die übrige Welt getragen haben.

Weder aus Sicht einer werteorientierten Haltung noch aus Sicht einer interessenbetonten Außenpolitik wäre eine solche Entwicklung zu verantworten. Schließlich geht es nicht etwa darum, wie gelegentlich behauptet wird, Afghanistan nach westlichen Vorstellungen ohne Rücksicht auf die Traditionen des Landes umzugestalten. Ein solcher Ansatz wäre nicht nur falsch, sondern auch gar nicht leistbar. Vielmehr geht es darum, dass die afghanischen Staatsorgane in die Lage versetzt werden, den Aufbau des Landes in eigener Verantwortung durchzuführen und gegen gewaltbereite Kräfte abzusichern – und zwar unter Wahrung eines Minimums an menschenrechtlichen Standards, die wir sicherlich gemeinsam als universell und unteilbar betrachten.

Diese Sichtweise ist keine Rechtfertigung für Fehler konzeptioneller oder auch individueller Art bei den laufenden Einsätzen. Diese abzustellen betrachten wir als Teil unserer parlamentarischen Aufgabe. Dabei geht es um Aspekte der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten einschließlich Pakistans und Irans, die wir als unabdingbar betrachten, um die Lage in Afghanistan zu stabilisieren. Es geht um entwicklungspolitische Aspekte, wo noch viel zu wenig der bereitgestellten Gelder in Form konkreter Projekte bei den Menschen ankommen. Es geht um politische Fragen im Dialog mit der afghanischen Regierung und Verwaltung, der klar sein muss, dass sie nur dann auf weitere Unterstützung hoffen kann, wenn sie die Korruption und Kriminalität in den eigenen Reihen auch aus eigenem Antrieb systematisch bekämpft. Und es geht eben auch um polizeiliche und militärische Fragen. Dabei sorgen wir uns als FDP-Bundestagsfraktion insbesondere um die Tatsache, dass die Bundesregierung hinsichtlich des notwendigen Aufbaus von afghanischen Polizeikräften in den letzten Jahren fast vollständig versagt hat. Das Fiasko in diesem Bereich trägt maßgeblich dazu bei, dass wir von dem Ziel, den afghanischen Autoritäten wieder selbst mehr Verantwortung in die Hand geben zu

können – und damit unser eigenes Engagement wieder zu reduzieren –, noch sehr weit entfernt sind.

Im Gesamtbild ist das militärische Engagement somit nur ein Element unter vielen. Die Soldatinnen und Soldaten erfüllen dabei ihren Auftrag im Rahmen der von der Bundesregierung vorgeschlagenen und vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Mandate. Der militärische Einsatz allein wird aus unserer Sicht ebenso wenig zum politischen Erfolg führen wie ein Verzicht auf jegliche polizeiliche und militärische Mittel. Entlang der dargestellten Überlegungen wird die FDP-Bundestagsfraktion diese gewissenhaft prüfen und sich dann ihre Meinung bilden.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen zeigen, dass ich mir die Entscheidung zur Mandatsverlängerung nicht einfach mache und dass ich diese auf Basis der dargestellten Überlegungen fällen werde.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Leibrecht